

FAZ 2. Juli 2015

S. 8, Noch immer ein Schmutzthema

Die Forschung über Entstehung und Folgen von sexuellem Missbrauch muss sich erst etablieren / Von Heike Schmoll BERLIN, 1. Juli

Allein in Europa werden laut Weltgesundheitsorganisation 13,4 Prozent der Mädchen und 5,7 Prozent der Jungen sexuell missbraucht. Die Deutsche Traumakostenstudie spricht von finanziellen Belastungen von rund elf Milliarden Euro jährlich, die durch Folgen sexuellen Missbrauchs und anderer einschneidender Kindheitsereignisse entstehen. Der vieldiskutierte Missbrauch in Institutionen macht weniger als zehn Prozent der Fälle aus, meist geschieht der Missbrauch im Familien- oder Freundeskreis. 90 Prozent der Fälle bleiben unerkannt. Trotz der alarmierenden Zahlen scheint es in Politik und Öffentlichkeit noch viele zu geben, die sich einfach nicht vorstellen können, was Erwachsene Kindern Grausames antun können. Denn die nötigen Konsequenzen werden häufig genug nicht gezogen. Darauf wies der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, vor kurzem anlässlich einer Anhörung zur Forschung über den sexuellen Missbrauch in Berlin hin.

Noch gibt es viel zu wenig Grundlagenforschung zur Entstehung, zur Art und zu den Folgen sexualisierter Gewalt. Bis zum Jahr 2013 war es in Deutschland sogar verboten, im Krankenhaus überhaupt die Befunde für Missbrauch in die Diagnosesysteme einzugeben. Auch in der Forschung selbst fristet das „Schmutzthema“ bis heute ein Schattendasein. Es gibt keine Forscherverbände, keine Graduiertenschule und auch kein Bundesinstitut zum Thema. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert zwar Projekte aus der Gesundheits- und Bildungsforschung seit 2013 mit einem Gesamtvolumen von 35 Millionen Euro und einer Laufzeit von drei Jahren, doch gelte es, die Forschung über sexuellen Missbrauch fest zu etablieren. Längst nicht an jeder Universität gebe es ein entsprechendes Lehrangebot für alle pädagogischen Berufe wie in Münster. Dabei seien die Veranstaltungen dazu so überfüllt, dass viele Studenten abgewiesen werden müssten, berichtete der dort lehrende Juniorprofessor Martin Wazlawik.

Allen mit der Forschung zum sexuellen Missbrauch Befassten ist klar, dass sie nicht nur Betroffene, sondern auch die Beratungsstellen mit in die Forschung einbeziehen müssen. Junge Forscher müssten lernen, den Betroffenen mit besonderem Respekt zu begegnen, sagte die am Projekt beteiligte Soziologin Barbara Kavemann von der Katholischen Hochschule für Sozialwesen, eine der beiden Sprecherinnen der Konzeptgruppe Forschung im Beirat des Beauftragten, der dessen Arbeit aus unterschiedlichen Perspektiven wissenschaftlich absichern soll.

Jörg M. Fegert, der Direktor des Klinikums für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Ulm, ebenfalls Sprecher der Konzeptgruppe, forderte die großen Forschungsorganisationen auf, ihr Augenmerk zunehmend auf das Thema „Sexueller Missbrauch“ an Kindern und Jugendlichen zu richten. Sowohl bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) als auch bei der Max-Planck-Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft müssten künftig Forschungsanträge gestellt werden können und die Forschung dazu dauerhaft etabliert werden. Ob das gelingt, liegt nicht zuletzt an den Forschern selbst. Sie müssen den Mut haben, Anträge zu diesem Thema zu stellen. Noch schrecken viele davor zurück, weil sie lieber auf Themen setzen, die ihnen eine sichere Karriere verheißen. Die jetzt schon mit dem Thema Befassten sind jedenfalls besonders engagiert und motiviert.

Elf Verbundvorhaben bilden das Forschungsnetz „Missbrauch, Vernachlässigung und Gewalt im Kindes- und Jugendalter“ im Rahmen der vom BMBF geförderten Gesundheitsforschung. Dazu zählen etwa ein am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf angesiedelter Verbund zu „Missbrauch und Vernachlässigung im Kindesalter als Ursache und Folge von Suchtmittelmissbrauch“ oder der an der Medizinischen Hochschule in Hannover gegründete Forscherverbund „Neuronale Grundlagen von Pädophilie und sexueller Gewalt an Kindern: Ursprünge, Erfassung, Behandlung“, der sich vor allem mit den Tätern befasst.

Für die pädagogische Arbeit in Kitas und Schulen sowie Sportvereinen und Jugendorganisationen besonders relevant sind die 16 Forschungsvorhaben in der Förderlinie „Sexuelle Gewalt in pädagogischen Kontexten“. So will ein Forschungsverbund den Wissensstand von Lehrern über „Sexualisierte Übergriffe und Schule“ verbessern, ein anderes widmet sich der Prävention bei Kindern im Vorschulalter und will die pädagogischen Fachkräfte entsprechend qualifizieren. Ein Verbundprojekt will wirkungsvolle Vorbeugung gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung entwickeln. Die Kasseler Erziehungs- und Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Tuiders koordiniert einen Forschungsverbund zu „Peer Violence“, zur sexualisierten Gewalt unter Jugendlichen im Kontext der Jugend- und Jugendverbandsarbeit.

Auf der Website „Safer Places“ führt das Projekt eine bundesweite Online-Befragung für Jugendliche durch, in der es um Definitionen von persönlichen Grenzen im Kontakt mit anderen Jugendlichen geht. Tuiders ist vor allem durch ihr Handbuch „Sexualpädagogik der Vielfalt“ ins Gerede gekommen, in dem sie etwa empfiehlt, dass Kinder von ihren ersten sexuellen Erfahrungen im Klassenverband berichten sollten. Davon hält Rörig überhaupt nichts. Hier werde eine Grenze der Intimität überschritten, die es zu wahren gelte, sagte Rörig im Gespräch mit dieser Zeitung. Er hat sich schon mehrfach kritisch mit Tuiders Empfehlungen auseinandergesetzt. Schamgefühl seien ein wichtiger Schutz für Mädchen und Jungen, und es sei eine bekannte Täterstrategie, Kinder in Gespräche über sexuelle Themen zu verwickeln und ihre schützenden Widerstände mit „falscher Scham“ abzutun, so Rörig. Er tritt durchaus für eine moderne Sexualpädagogik ein, wendet sich aber gegen eine Gleichsetzung der Empfehlungen aus dem Methodenbuch Tuiders mit Empfehlungen aus den Bildungsplänen der Länder für eine Pädagogik der sexuellen Vielfalt. Schüler sollten wissen, dass sexuelle Übergriffe keine Spielart von Sexualität seien, sondern pure Gewalt, die sich sexueller Mittel bediene.

Die Praxis braucht dringend die Antworten der Forschung – und zwar aus unterschiedlichen Perspektiven. Dass Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) in Berlin in Aussicht stellte, die Laufzeit der 2016 auslaufenden Förderlinien nach einer Evaluation möglicherweise zu verlängern, haben die Forscher mit Wohlgefallen gehört.